



JÜRGEN LENDERS
Mitglied des Hessischen Landtages

Parlamentarischer Geschäftsführer
der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag

Wirtschafts-, verkehrs- und
landwirtschaftspolitischer Sprecher

Gemeinde Neuhof
Der Gemeindevorstand
Herrn Erster Beigeordneter
Franz Josef Adam
Postfach 1163
36116 Neuhof



Wiesbaden, den 10. August 2018

Sehr geehrter Herr Adam,
sehr geehrte Damen und Herren Gemeindevertreter von Neuhof,

herzlichen Dank für die Zusendung des von Ihnen verabschiedeten Resolutionsantrags zum Thema Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, den ich hiermit gerne beantworte.

Nachdem wir durch die Einbringung unseres Gesetzesentwurfs am 16. Januar 2018 das Thema Straßenbeiträge auf die Tagesordnung des Hessischen Landtags gebracht haben, kam die Koalition aus CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN auf uns zu, um auf dessen Grundlage eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten. Im Rahmen dessen gelang es uns, ein Maßnahmenpaket zur Anpassung der Straßenbeiträge zu entwickeln, das sowohl die in der Verfassung verankerte kommunale Selbstverwaltung stärkt, als auch eine gute Lösung für Grundstückseigentümer bei gleichzeitiger Sicherung der kommunalen Infrastruktur in Hessen darstellt.

Die Erhaltung der kommunalen Straßen und deren Finanzierung ist ureigene Aufgabe der Kommunen und unterliegt in ihrer Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung – dieses durch die Verfassung festgelegte Recht demokratisch gewählter kommunaler Mandatsträger gilt es zu achten. Zukünftig entscheiden die Kommunen selbst, ob und in welcher Höhe sie Straßenbeiträge von ihren Bürgern erheben. Durch die Abschaffung der Erhebungspflicht und die Flexibilisierung der Höhe erreichen wir, dass es den demokratisch ge-

...

FDP-Landtagsfraktion
Schloßplatz 1 - 3
65183 Wiesbaden

Telefon: 06 11.350 736
Telefax: 06 11.350 1561

j.lenders@ltg.hessen.de
www.juergen-lenders.de

wählten Mandatsträgern vor Ort möglich ist, für Ihre Kommune und deren Bürger individuelle, bedarfsgerechte und bürgernahe Lösungen zu finden. Auch defizitäre Kommunen können zukünftig nicht mehr durch die Kommunalaufsicht zur Einführung einer Straßenbeitragsatzung gezwungen werden, um ihre Haushalte auszugleichen.

Für die Grundstückseigentümer besteht künftig die Möglichkeit, ohne ein berechtigtes Interesse nachweisen zu müssen, eine Ratenzahlung mit einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren bei deutlich geringerer Verzinsung als bisher in Anspruch zu nehmen.

Kommunen, die künftig wiederkehrende Straßenbeiträge erheben wollen, können für deren Einführung eine pauschalisierte Verwaltungskostenerstattung von 20.000€ pro Abrechnungsgebiet erhalten. Ebenso wird die Bürokratie und Rechtsunsicherheit hier deutlich abgebaut, indem künftig bei der Einrichtung von Abrechnungsgebieten kein „funktionaler Zusammenhang“ mehr nachgewiesen werden muss, sodass ganze Ortschaften zu einem Berechnungsgebiet zusammengefasst werden können.

Wir Freie Demokraten treten seit Jahren für mehr kommunale Selbstverwaltung ein. Mit diesem Gesetz machen wir einen Schritt in die richtige Richtung, da wichtige Entscheidungen für eine Kommune am besten in der Kommune selbst getroffen werden können.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Lenders
Parlamentarischer Geschäftsführer
FDP-Fraktion im Hessischen Landtag